

Ganz der Krise haben sie als Verlängergeldende ihres erzielten Preises abzulegen. Für die Kürchen und Getreide haben sie die jahrelang gestiegenen hohen Preise erhalten. Dazu kommen die enormen Gewinne, die sie beim Verkauf der Kartoffeln und anderer Produkte erzielt haben. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Produzenten ist während des Krieges und nach dem Kriege zu einem Wohlstand gesangt, der ihn in die Lage gesetzt hat, alle die Einrichtungen zu treffen, die zur Steigerung der Produktion erforderlich sind. Wenn die Agrarier trotzdem auch jetzt noch immer wieder mit dem Übergang zur extensiven Wirtschaft rechnen, so sehen sie damit nur die schon seit Jahren — trotz aller Überzeugungen — planmäßig betriebene Sabotage der Ernährungswirtschaft fort. Es wird deshalb die höchste Zeit, daß die Massen des Volkes mit aller Deutlichkeit ihren festen Willen bekunden, daß sie dieses frevelhafte Spiel nicht mehr länger dulden werden.

Das Agrarblatt schreibt, daß schon der Beschuß der Ernährungsminister aufstreitend auf die Landhändler gewirkt habe, die Agrarier mögen sich aber einmal vorstellen, wie aufstreitend ihr wissenschaftliches Treiben auf die Massen der Bevölkerung, für die die Lebensmittelpreise heute schon fast unerschwinglich sind, wirken mag. Glauben diese Herrschäften wirklich, daß die Volksmassen, denen man obendrein alle Kosten des Krieges aufzubürden sucht, auernd ruhig zwischen werden, wie sich die steuerhaften Kraft- und Schrotunter aus der Not des Volkes bereichern? Die Arbeiterschaft ist es, die bis jetzt eine staunenswerte Geduld gezeigt hat. Die ausgezitterten unbemittelten Volkschichten haben aber diese Unzufriedenheit jetzt gründlich satt. Sie fordern mit aller Entschiedenheit, daß mit der verhängnisvollen Ernährungspolitik, die der bisherige Unternehmungsmüller Hermes im Interesse der Agrarier betrieben hat, jetzt endlich Schluss gemacht wird. Sicherstellung der notwendigen Mengen von Brotgetreide und Kartoffeln zu erschöpfenden Preisen ist das Ultimatum, was die ausgesuchte bösische Bevölkerung unter allen Umständen verlangt.

• • •

Die Arbeiterschaft aber zeigt die neue Kampfansage der Agrarier, was sie zu erwarten hat, wenn sie sich nicht endlich dazu aufsetzt, in geschlossener Front den Kampf gegen die von Tag zu Tag drastischer und rücksichtsloser vorgehenden agrarischen und industriellen Ausbeuter anzunehmen.

Abgeschrekt.

Das Berliner Tageblatt berichtet: Der oldenburgische Ministerpräsident Tanzen verhält sich zu dem Anerbieten, das Reichsernährungsministerium zu übernehmen, vollständig ablehnend. Herr Tanzen will seine Kräfte auch in Zukunft lediglich der oldenburgischen Politik widmen.

Tanzen hat sich in der letzten Zeit mehrfach gegen die freie Wirtschaft ihr Getreide gewendet und ist für die Aufrechterhaltung des Umlageverfahrens eingetreten. Deshalb ist er von den Agrarier schärfst angegriffen worden. Die agrarischen Blätter haben erklärt, daß sie Tanzen als Ernährungsminister nicht dulden würden. Der Brüder Tanzen bedeutet darum einen Erfolg der Landhändler.

Die Ententekonferenzen.

Die Konferenz der alliierten Sachverständigen in London nimmt einen durchaus normalen Verlauf. Weisbewegende Beschlüsse sind auch weiterhin nicht gefaßt worden. Nach einer Meldung der Böllischen Zeitung hat man sich nunmehr über die Fassung des Vertrages geeinigt, durch den die Sowjetregierung anerkannt werden soll. Die Anerkennung soll sofort nach der Konferenz von Genf in Kraft treten. Auf Garantien hinzußt der Haltung der russischen Regierung soll nach den vorliegenden Meldungen verzichtet werden, so daß es nicht unwahrscheinlich ist, daß die politischen und wirtschaftlichen Beschlüsse der Ententestaaten mit Russland in absehbarer Zeit geregelte werden.

Die Orientkonferenz in Paris beschäftigte sich weiter, mit der Frage des Schuhes der Minderheiten. Volmaré, Ford Cunon und Schanzer haben am gestrigen Nachmittag im Quai d'Orsay, dem französischen Außenministerium, eine Sitzung abgehalten, über die folgender offizieller Bericht verbreitet wurde:

Die drei Minister des Auswärtigen haben einen großen Teil der heutigen Nachtagssitzung dem Studium der Frage des Schuhes der Minderheiten sowohl in Asien wie in Europa gewidmet. Über die gesamten Fragen wurde eine Einigung erzielt, die in den Alten und den Griechen später vorzuschlagende Regelung aufgenommen werden soll. Der Völkertribüne, in den die Türken aufgenommen zu werden versuchen werden, sobald sie die Bedingungen des Friedens angenommen haben, wird aufgefordert werden, bei der Anwendung der oben erwähnten Maßnahmen mitzuarbeiten. Die internationale Militärkommission hat den drei Ministern ihre Vorschläge bezüglich der Rüttung von Kleinstaaten unterbreitet, die sie gebilligt haben. Die drei Minister haben also die Prüfung der armenischen Frage begonnen, deren Studium in den nächsten Sitzungen fortgesetzt werden wird.

Nach einer Meldung der TU. hat sich der Vertreter der Regierung von Ankara, Tussuf Kemal Bey, für die Annahme der von der Orientkonferenz gefestigten Waffenstillstandsbedingungen erklärt. Er fordert, daß man ihm die Möglichkeit gebe, auf dem schnellsten Wege nach Ankara zurückkehren zu können. In den griechischen Kreisen von Paris wird ebenfalls geprüft, ob die Bedingungen Annahme finden können. Es ist demzufolge nicht unwahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit der griechisch-türkische Konflikt beigelegt werden wird. Freilich sind zunächst noch starke Hindernisse zu überwinden, insbesondere die Regelung der iranischen Frage, sowie auch die der kommenden Verwaltung in Smyrna.

Die Reparationskommission beschäftigt sich gegenwärtig mit der Ratifizierung der drei Leistungsovereinigungen, und zwar mit dem deutsch-französischen Vertrag, der durch Rathenau zum Abschluß kam, ferner mit dem Vertrag Kunze-Bemelman, nach dem die Sachleistungen der unmittelbaren Kontrolle der deutschen Regierungsstellen entzogen werden sollen, um sie dem freien Verkehr zu überlassen. In Frage kommt ferner noch ein Vertrag, der am 15. März dieses Jahres in Berlin formuliert worden ist. Maßgeblich die Reparationskommission diese Verträge, dann erhalten sie laut den Bestimmungen des Vertrages von Versailles für alle Ententestaaten Rechtsverbindlichkeit.

Nach einer Meldung der Böllischen Zeitung rechnet man in unterrichteten Pariser Kreisen mit einem baldigen Wechsel der Vertretung Frankreichs im Wiedergutmachungsausschuss, ähnlich dem Vorsitzenden Dubois und dem französischen Finanzminister de Lassus. Es bestehen starke Meinungsverschiedenheiten. Man will Dubois vor, daß er es an eigenen fruchtlosen Ideen für die Lösung der Reparationsfrage habe scheuen lassen.

Gefahren der Marillen und Garben. — He.

Wie die Saisoneingabe der Reparationskommission jüngst bei der Presse, die gesamte deutsche Presse, sowohl die sozialistische, wie auch die bürgerliche, nehm die Angestellten der Reparationskommission mit Wissenscuren und entzückten Brotzügen auf, weil die Angestellten diesmal gemeinsam einzugehen, daß sie daraus helfen würden, daß Deutschland keine Verpflichtungen erfülle, und daß sie den Zahlungsdurchschnitt rückgängig machen würden, wenn die deutsche Regierung nicht in kürzester Frist durch Vermehrung der Steuern und Verminderung der Ausgaben durch innere und äußere Anleihen Ordnung in ihre Finanzen bringe. Doch das deutsche Volk verpflichtet sei, hart zu arbeiten und sich ernstliche Entbehrungen auszuvergehen, daß die deutsche Industrie und das deutsche Kapital verpflichtet seien, vornehmende Lasten zu tragen, das sei die Klarheit selbst. Aber wer trage dann Schuld? Die Perspektive sei für die Deutschen aller Klasse und aller Parteien unerträglich. Aber im Jahre 1914, in dem Augenblick, in dem die Deutschen Seele die französischen Provinzen verwüsteten, hätten sie das sagen sollen.

Der Text des Schreibens ist: Wenn es uns gelingt ist, eine Meinung auszusprechen, so würden wir wünschen, daß man nicht zu sehr eilig zu brutalen Gefällen lege sollte. Man möge etwas der Erfahrung überlassen. Was nun die festgesetzten Zahlungstermine anbelangt, so wird, wie schon früher gemeldet wurde, Deutschland verpflichtet sein, die Fehlbelastungen in den Saaleleistungen durch Vorleistungen zu vervollständigen. Die Erhebungen der englischen Regierung auf die deutschen Einfuhren werden durch das Sacheinschließungskomitee überwacht werden. Der Unterschied der Summe, die Deutschland nach dem Londoner und nach dem jetzigen Zahlungsplan bezahlen müßte, werde zu fünf Prozent vergrößert werden. Die Reparationskommission wird Ende Mai die Ausführung der von Deutschland gesuchten Garantien prüfen. Wenn diese nicht bekräftigend sein wird, wird sie die nach dem Londoner Zahlungsplan zu bezahlende Summe innerhalb 14 Tagen fordern.

Im Echo National schreibt Tardieu: Die Reparationskommission hat sich von der demütigen Rolle befreit, die sie 1921 in London spielte. In vielen Punkten ist es den Bevölkerungen an Wohlmeintheit. Es ist klar, daß die Reparationskommission sich erst an die Arbeit gesetzt hat und daß sie noch nicht zum Handeln bereit ist, aber sie erinnert sich an die Pflichten und Rechte, die ihr der Bevölkerung übertragen gibt, oder wenigstens einiger derselben. Es gibt aber noch einige Artikel, deren sie sich noch nicht erinnert und die sie in Erinnerung gebracht werden müssen.

Der Figaro führt aus: Die volle Last, die der Beschuß der Reparationskommission Deutschland auferlegt, beläuft sich auf 220 Millionen Papiermark. Es wird Rathenau nicht schwer fallen, zu beweisen, daß diese ungeheure Lasten nicht durch Steuern aufgebracht werden können, die schon verdoppelt wurden. Es scheint übertrieben, von einer freiwilligen Sabotage der deutschen Finanz den Staat zu sprechen. Eine Sabotage existiert vielleicht, aber die finanzielle Anordnung ist gegenwärtig so ernst, daß der Wunsch, das Uebel zu heilen, wahrscheinlich als aufrichtig angesehen werden kann.

Der Berichterstatter der Londoner Times schreibt, die Finanzprogramme der Reparationskommission würden von allen Seiten als unmöglich und das Garantiesystem als mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbar bezeichnet. Die nachdenklichen Leute, mit denen er in Berlin gesprochen habe, hofften, daß die letzte Note nicht als ein Ultimatum, sondern als Grundlage zu weiteren Verhandlungen aufsehen werde. Unter Hinweis darauf, daß in parlamentarischen Kreisen bereits von der Möglichkeit einer Regierungspolitik gesprochen werde, schreibt der Korrespondent, die Leute, die die Lage unbefangen betrachten, hofften ernstlich, daß es in sich dazu kommen werde. Bei allen Schwüren und Mängeln bleibe die augensichtliche Koalition unter Dr. Wirth noch immer die größte Auseinandersetzung und jede Alternative noch links oder rechts würde wahrscheinlich Deutschland und damit das gesamte Reparationsproblem in eine weit schlimmere Lage bringen. Die neue Lage sei so plötzlich gekommen, daß es nur möglich sei, ihre unmittelbare Wirkung abzuschwächen.

Zur Gemeindereform in Sachsen.

Neben dem von der Pressabteilung der Staatskanzlei verhandelten Artikel über den Entwurf zur Gemeindereform hat nun Genosse Lipinski noch einen verfaßt, der sich im großen und ganzen mit dem von der Staatskanzlei verhandelten deckt und den wir bereits gebracht haben. Zum Schluß seines Artikels aber wirdet sich Genosse Lipinski gegen eine Wendung in Artikel des Genossen Dr. Freund, den wir ebenfalls gebracht haben, was uns veranlaßt, die Anerkennung des Genossen Lipinski wiederzugeben, er sagt da:

„In dem durch den Zollungsdienst verbotenen Artikel: Die Thüringer Kreis- und Gemeindeordnung des Ministerialrats Gündl, Weimar, heißt es:

In Sachsen hat man leider im Gegenzug zu dem ersten Entwurf, der den leitenden Beamten auch noch sehr große Rechte einräumt, den jetzt vorliegenden Entwurf einer Gemeindeordnung den geschäftsführenden Beamten wieder außerordentlich weitgehende Rechte eingeräumt, die die Möglichkeit des Autokratentums nach allen Richtungen hin ausüben. Es ist bedauerlich, daß die beiden benachbarten Länder, die doch auch politisch sich so nahe stehen, nicht zu einheitlichen Grundlagen ihrer inneren Verwaltung gekommen sind, um so mehr, als nach Auffassung aller Anhänger des Einheitsstaats die ganze Materie für Deutschland einer einheitlichen reichsgelehrten Regelung unterzogen werden sollte, aber besser in der Reichsverfassung hätte unterzogen werden müssen.

Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Auf Anregung des Ministers Lipinski, Sachsen, wurde in der Ministerbesprechung der Länder Anhalt, Braunschweig, Sachsen und Thüringen am 12. Dezember 1921 die Gemeindereform behandelt. Der Ausprache lagen Beiträge des Ministers Lipinski zugrunde, die gebilligt wurden. Außerdem hatte Ministerialrat Freund, vor seinem Amtsantritt, mit Minister Lipinski in Dresden eine längere Aussprache über die Grundzüge der Gemeindereform, die eine wesentliche Vereinbarung ergab. Wenn keine gleichlautenden Gemeindeordnungen für Sachsen und Thüringen aufgestellt würden, so liegt das an der verschiedenen Struktur und Entwicklung der Gemeindeverwaltungen und der Länder. Die Gemeindeordnung für Sachsen ist im Entwurf fertig, vom Gesamtministerium verabschiedet und dem Landtag zugestellt worden. Sie entspricht inhaltlich den im Januar vom Parteitag aufgestellten Richtlinien.“

Ohne der Erwiderung des Genossen Freund vorzugreifen, wollen wir bemerken, daß ihm wahrscheinlich der Entwurf vorliegt, der jetzt nochmals umgearbeitet wurde und der in der Tat die Gemeindeverwaltung zum Träger der Gemeindepolitik gemacht hat, nicht aber die durch die Einwohnerheit gewohnte Gemeindevertretung. Sodann uns der umgearbeitete Entwurf selbst vorliegt, werden wir ihn vornehmlich und sachlich beharren und dabei urteilen, ob er den vom Leipzigischen Parteitag aufgestellten Richtlinien zur Gemeindepolitik entspricht.

Die Reichsentschädigung an die Gemeinden.

Berlin, 24. März. (TU.) Zur Verleihung der 6 Millionen Goldmark als Entschädigung der Gemeinden für den durch den Wegfall der Bevölkerung des Mindestinkommens hervorgerufenen Ausfall beschloß der Reichstag, die Bevölkerungsanzahl der Länder als Maßstab heranzuziehen. Es handelt sich nur um die Oberverteilung an die Länder, die dann die Unterverteilung an die Gemeinden vornehmen. Ein Antrag Preußens, die Verleihung durch eine Kombination, halb nach der Bevölkerung und halb nach der Fläche der Länder vorzunehmen, wurde wie im Ausschuß so auch im Plenum nach langerer Debatte abgelehnt.

Die Machtvor der Regierung.

Auf die wiederholten Aufrufe unserer Reichstagsfraktion, welche folgen die Reichsregierung aus den neuzeitlichen gegen den Reichsfinanzminister Hermes erhobenen Beschuldigungen zu ziehen gebietet, ist der Fraktion folgendes Schreiben des Reichstagspräsidenten:

Berlin, den 22. März 1922.
An die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten,
zu Händen des Herrn Abgeordneten Eppen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten hat durch Schreiben vom 10. März und vom 13. März 1922 die Reichsregierung um Stellungnahme zu den in dem erheblichsten Schreiben gemachten Mitteilungen erucht.

Wie der Reichstagsfraktion bekannt geworden sein wird, hat der Reichsminister Dr. Hermes gegen die Freiheit Schilderung aufgestellt, weil er in den veröffentlichten Erörterungen um die in dem Schreiben vom 10. März angeführten Mitteilungen erachtet.

Wie der Reichstagsfraktion bekannt geworden sein wird, hat der Reichsminister Dr. Hermes gegen die Freiheit Schilderung aufgestellt, weil er in den veröffentlichten Erörterungen um die in dem Schreiben vom 10. März angeführten Mitteilungen erachtet.

Bei dieser Sache, die die volle Gewalt für eine erschöpfende Klärung des Falles bietet, hält es die Reichsregierung für angezeigt, den Spruch des Gerichts und das Ergebnis der Untersuchung durch den Reichstagsausschuß abzuwarten.

Hochachtungsvoll

Wih.

Die Reichsregierung will also ihre Stellungnahme bis zur Entscheidung des Gerichts wie auch bis zum Ergebnis der durch den eingezogenen Reichstagsausschuß eingeleiteten Untersuchung zurückstellen. Das kann unter Umständen sehr lange dauern, namentlich, wenn die Reichstagskommission auch die neuzeitliche Anklage gegen Hermes mit derselben Langeweile behandeln sollte, wie die bereits vor Jahr und Tag erhobenen, die sich bekanntlich noch immer im Stadium der Untersuchung befinden. Oder sollte die Mohrenwörche wirklich so große Schwierigkeiten bieten? Dieser Schluß wäre immerhin zulässig und gäbe Grund zu Bedenken. . . .

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zu dem vorliegenden Schreiben des Reichstagspräsidenten legt die Freiheit, daß dieses Schreiben die Bestätigung enthält, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, jetzt von sich aus zu den gegen Dr. Hermes vorgetragten Ankluldungen Stellung zu nehmen. Sie setzt sich nicht in Widerspruch zu der Haltung, die die Reichsregierung im Oktober 1920 eingenommen habe. Damals beschönigte man Herrn Hermes seine persönliche Ehrenhaftigkeit. Wenn die Reichsregierung jetzt keine Stellung nimmt, so bestärkt sie damit den Eindruck, daß es diesmal bei einer Untersuchung nicht gelingen will, zu der Feststellung der persönlichen Ehrenhaftigkeit zu kommen. Diese Schlusfolgerung sei um so berechtigter, da das Schreiben des Reichstagspräsidenten einen erheblichen Tatsachenbericht enthält. Es wird behauptet, Herr Hermes habe Strafanträge gegen die Freiheit wegen verleumderlicher Beleidigung gestellt. In Wahrheit klage Herr Hermes nur wegen des Gebrauchs zweier Ausdrücke „Beschleunigungsziel und Korruptionsminister“, er habe aber die von der Freiheit veröffentlichten Tatsachen nie bestritten, so daß das Kabinett sehr wohl die Möglichkeit gehabt hätte, zu dieser Tatsache ein Urteil abzugeben. Eine Ehrenrettung für Dr. Hermes, sagt die Freiheit weiter, ist deshalb dieses Schreiben der Reichsregierung ebenso wenig, wie ihre bisherigen Schreiben.

Der gefährlichste Feind der Kommunisten.

Aus einer Rede Lenins.

Wir berichteten bereits vor einiger Zeit über eine Rede, die Lenin auf einem Kongreß der russischen Metallarbeiter hielt. Nunmehr wird der zweite Teil seiner Rede bekannt, die durch eine Korrespondenz der deutschen Oeffentlichkeit übermittelt wird. Darin heißt es:

„Wir müssen die Regierungsmaschine so gestalten, daß an der Spitze wichtiger Lemter nicht Männer stehen, die auf diesem Gebiet nichts verstehen. Unsere Kommunisten sind ja lauter praktische Kerle, aber für die praktische Arbeit taugen sie nicht. In der Theorie ist bei uns alles so vorzüglich, daß der praktischste Deutsche davon keine Freude haben möchte, aber in der Praxis geht alles drunter und darüber, und niemand weiß, wofür er eigentlich verantwortlich ist. Wir haben zwar eine große Anerkennung der Lemter durchgeführt, Hunderttausende von Lumpen, Dilettanten und Faulazern haben wir zum Teufel gejagt. Das war gut, aber das genügt noch lange nicht. Zehntausende müssen noch vorsichtige Schritte erleben. Wir brauchen ausführliche Leute, die wirklich vorsichtigen können und wollen. Unter gefährlichster Feind ist heute der kommunistische Redner, der auf wichtiger und verantwortungsvoller Verwaltungsstelle sitzt. Von diesem Feind müssen wir uns und den Staat befreien. Die große bevorstehende Reinigung gilt den Parteiführern, die sich auch für Administratoren halten. Das sind die großen Propagandisten und Agitatoren, die zwar alles niedergezurufen verstanden, aber unfähig sind, neuen an seine Stelle zu setzen. Ihr ganzes Tageswerk besteht in der Erfindung von neuen und immer schöneren Theorien. Die Kleinarbeit des Alltags interessiert sie nicht, ist ihnen lästig und beschämlich.“

Es ist nicht unbekannt, daß Lenin nicht selten mit unerhörlicher Strenge auf die offenen Wunden am Körper der bürgerlichen Partei hinwies. Trotzdem hielten wir diesen Teil der Rede Lenins für eine Fälschung. Nachdem nun aber Die Rote Fahne der deutschen kommunistischen Sektionen in Moskau die Richtigkeit dieser Ausschuldungen bestätigt, wollen wir nicht unterschlagen, sie auch unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen.

Zusätzlich empfehlen wir sie unseren kommunistischen Freunden zu angelegentlichem Studium.

Ein neues nationalistisches Verbrechen?

Berlin, 24. März. (TU.) Am Spätnachmittag des 22. März fuhr der 25jährige belgische Oberleutnant Gras, der Sohn eines belgischen Generals, von Ruhrort nach Hamborn. Bei der Haltestelle Hahn an stiegen über ihn, gutgekleidete Leute auf die Straßenbahn. Einer dieser jungen Leute öffnete die hintere Wagentür so weit, daß er die Faust durchstoßen konnte, und gab zwei Schüsse auf den Offizier ab. Die jungen Leute sprangen dann vom Wagen herunter. Der Attentäter blieb auf der Straße stehen und schoss von dort aus noch zweimal auf den Offizier und brachte ihm schwere Verletzungen zwischen den Schulterblättern und dem rechten Hinterkopf bei. Der Offizier war sofort tot. Die Verwaltungsbehörde hat infolge dieses Vorfalls den verschärften Belagerungsstand über Hamborn verhängt. Bislang fehlt noch jeder Anhaltspunkt für die Ergreifung des Täters und seiner Gesellen.

Die Umstände, unter denen der Anschlag erfolgte, lassen darauf schließen, daß es sich um einen neuen Versuch einer nationalistischen Mordpartei handelt. Den Nationalisten in Frankreich und Belgien wird die Mordtat gerade im jetzigen Augenblick sehr gegangen kommen.